

Michael Malcher • Seehofweg 45 • 71522 Backnang

Stadt Backnang
Am Rathaus 1
71522 Backnang

Backnang, den 23.01.2025

Antrag AfD Fraktion

Die Stadt Backnang möge unter bestimmten Voraussetzungen auf die Erhebung einer Hundesteuer für Personen in Not in Einzelfällen auf Antrag verzichten.

Begründung

Ein Haustier, besonders auch Hunde, sind für viele Menschen ein wichtiger Teil des Lebens und nicht verzichtbare Mitglieder der Familie. Finanziell stark gebeutelten Bürgern, wie ein uns bekannter Fall einer Backnanger Bürgerin, die wegen Krankheit ins Bürgergeld gerutscht ist, eine Trennung vom Lebenspartner verkraften muss und ihren erkrankten Hund medizinisch versorgen lassen muss, wäre mit einem Verzicht auf die Erhebung der Hundesteuer sehr geholfen.

gez.
Dr. Steffen Balz, Stadtrat

gez.
Artur Gerg, Stadtrat

gez.
Betty Malcher, Stadträtin

gez.
Michael Malcher, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Michael Malcher • Seehofweg 45 • 71522 Backnang

Stadt Backnang
Am Rathaus 1
71522 Backnang

Backnang, den 23.01.2025

Antrag AfD Fraktion

Wir bitten um Auskunft über die Kosten für Mietaufwand, Unterbringung, Integration und Verwaltungsaufwand von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Sofern die Kosten nicht genau zu ermitteln sind, beantragen wir, hierfür entsprechende Kontengruppen und-arten einzurichten.

Begründung

Im Zusammenhang mit der Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Land ist es im Interesse der Bürger und Steuerzahler, die Kosten für die oben aufgeführten Leistungsarten zu erfahren.

gez.
Dr. Steffen Balz, Stadtrat

gez.
Artur Gerg, Stadtrat

gez.
Betty Malcher, Stadträtin

gez.
Michael Malcher, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Michael Malcher • Seehofweg 45 • 71522 Backnang

Stadt Backnang
Am Rathaus 1
71522 Backnang

Backnang, den 23.01.2025

Antrag AfD Fraktion

Wir beantragen, dass die Stadtverwaltung kurzfristig eine öffentliche Sitzung zum Thema Gasversorgung, insbesondere einen eventuellen Rückbau des Gasleitungsnetzes, einberaumt.

Begründung

Die Stadt Mannheim hat als erste Stadt bundesweit den Termin für den Rückbau ihres Gasleitungsnetzes im Gemeinderat auf das Jahr 2035 festgelegt. Auf ihrer Homepage bewerben die Stadtwerke Backnang für Hausbesitzer die Installation von Gasheizungen und den Anschluss an das Städtische Gasnetz mit „Steigen Sie auf Erdgas um“. Wir halten die Vernichtung von Millionen Euro teurer Infrastruktur für katastrophal und wollen erreichen, dass Backnang sich gegen Vorhaben, welche die wichtige Versorgung der Bürger mit Energie zerstören würden, entgegenstemmt.

gez.
Dr. Steffen Balz, Stadtrat

gez.
Artur Gerg, Stadtrat

gez.
Betty Malcher, Stadträtin

gez.
Michael Malcher, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Michael Malcher • Seehofweg 45 • 71522 Backnang

Stadt Backnang
Am Rathaus 1
71522 Backnang

Backnang, den 23.01.2025

Antrag AfD Fraktion

Wir beantragen erneut die Einrichtung einer Video-Überwachung von Altglas-, Altkleider- und Papiercontainern nach Ludwigshafener Vorbild.

Begründung

Die Problematik mit wildem Müll, speziell im Bereich der o.a. Containerstandorte, nimmt weiter zu. Unbefangen des hohen optischen Makels und der Kosten für Beseitigung bergen Abfälle mit Speiseresten, Chemikalien und ähnlichem auch besondere Umwelt- und Gesundheitsgefahren.

Dem Kreislaufwirtschaftsgesetz zufolge darf Abfall nur auf die gesetzlich vorgesehene Weise gelagert oder entsorgt werden.

Wer Abfälle in unzulässiger Weise einlagert oder beseitigt, sie nicht in vorgesehene Müllbehälter legt und sich nicht um die Entsorgung kümmert, begeht eine Ordnungswidrigkeit und kann mit einem Bußgeld von bis zu 100.000 Euro geahndet werden. Wird eine illegale Müllentsorgung zur Gefahr für Mensch und Umwelt, droht eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren.

Videoüberwachung ist seit 2023 in Heilbronn und seit 15. August 2024 als Pilotprojekt in Ludwigshafen eingerichtet worden. Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Prof. Dr. Dieter Kugelmann, bewertet das Ludwigshafener Pilotprojekt gegen illegale Müllablagerungen mit „Datenschutzrechtliche Anforderungen mustergültig erfüllt“. Bei der Ablehnung unseres ersten Antrags vom April 2024 lag diese Bewertung noch nicht vor, daher beantragen wir die Neubefassung. Alle Informationen zum Pilotprojekt unter

<https://www.datenschutz.rlp.de/service/aktuelles/detail/ludwigshafener-pilotprojekt-mobile-videoueberwachung>

<https://ludwigshafen.de/standort-mit-zukunft/umwelt/abfall>

gez.
Dr. Steffen Balz, Stadtrat

gez.
Artur Gerg, Stadtrat

gez.
Betty Malcher, Stadträtin

gez.
Michael Malcher, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender